



Nach einer der arbeitsreichsten Sessionen, die je zu verzeichnen waren, hat der Wiener Gemeinderat am 14. Juli seine Ferien angetreten. In seiner letzten Sitzung genehmigte er noch die Verfügung, daß dringende Angelegenheiten, die der Beschlußfassung des Gemeinderates unterliegen, im Laufe der Ferien durch den Stadtrat gegen nachträgliche Zustimmung des Gemeinderates erledigt werden können.

Am 18. Juli trat der Bürgermeister seinen Urlaub an, den er, wie alljährlich im Kreise seiner Familie in Amlach bei Lienz zu verbringen gedachte. In den Bergen Tirols hoffte er jene Erholung zu finden, der er so notwendig bedurfte um neue Kräfte für die Herbstsession des Gemeinderates zu sammeln. Es ist anders gekommen. Die kaum begonnene Zeit der Ruhe wurde jäh durch das Ultimatum unserer Monarchie an Serbien unterbrochen. Schon am 26. Juli hat der Bürgermeister seinen Urlaub abgebrochen, um die Geschäftsführung zu übernehmen und im Vereine mit den Vizebürgermeistern und den Mitgliedern des Stadtrates jene Verfügungen zu treffen, welche die so plötzlich eingetretene Kriegslage erheischte.

Ein Bericht des Bürgermeisters.

In der am Dienstag, den 22. September l. J. abgehaltenen Sitzung des Gemeinderates hat nun Wiens Bürgermeister über diese Tätigkeit einen erschöpfenden Bericht erstattet. Wenn es auch der zur Verfügung stehende Raum ausschließt, im Rahmen dieses Berichtes aller der unzähligen Angelegenheiten, die der Erledigung zugeführt wurden, zu gedenken, alle die Aktionen zu besprechen, welche über Ersuchen von Deputationen und einzelnen Bittstellern, die jederzeit

hilfsbereit empfangen und gehört wurden, eingeleitet worden sind und viele Sorgen und Mühen verursachten, so sollen wenigstens die großen Maßnahmen und Verfügungen des Bürgermeisters einer Besprechung unterzogen werden, weil aus ihnen zu entnehmen ist, welch reiche Fülle von Arbeit die Wiener Gemeindeverwaltung geleistet hat und wie sehr Wiens erster Bürger in nie erlahmender Arbeit bemüht war, die Bevölkerung der Reichshauptstadt vor dem Ungemach, die der Kriegszustand allüberall mit sich bringt, zu schützen.

Für unsere brave Armee.

Es bedarf wohl keiner weiteren Erwähnung, daß der Wiener Magistrat seinen Aufgaben, die nach dem Gesetze bei einer Mobilisierung der Gemeindeverwaltung obliegen, nach jeder Richtung hin entsprochen hat und daß er auch bemüht war, allen Anforderungen, die von militärischer Seite im öffentlichen Interesse an ihn gestellt wurden, nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Als in der Bevölkerung vielfach mit Recht darüber Klage geführt wurde, daß für Korrespondenzen aus dem Felde von den Empfängern Strafporto eingehoben wurde, wenn die Briefe oder Karten nicht den Stempel des militärischen Kommandos trugen, intervenierte Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Handelsministerium, um wegen dieses Übelstandes Abhilfe zu verlangen. Die Intervention des Bürgermeisters hatte eine Verfügung des Handelsministeriums zur Folge, kraft welcher die bei den Feldpostämtern aufgegebenen und mit dem Aufgabestempel des Feldpostamtes versehenen Korrespondenzen auch dann portofrei befördert und zugestellt werden, wenn sie keinen Stempel des militärischen Kommandos tragen.

In gleich erfolgreicher Weise intervenierte der Bürgermeister beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh bezüglich der Annahme und Beförderung von Feldpostpaketen.

Besonderes Augenmerk mußte von vornherein darauf gerichtet werden, den wirtschaftlichen Übelständen, die der Krieg mit sich bringt, tunlichst zu begegnen. Mit eiserner Energie ist Bürgermeister Doktor Weiskirchner

der Lebensmittelsteuerung

entgegengetreten, die unmittelbar nach Ausbruch des Krieges bei wichtigen Volksnahrungsmitteln sich zeigte. Durch fortgesetzte, unermüdlige Inspektionen aller öffentlichen Märkte, an denen sich auch die Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer, Franz Hoß und Josef Rain sowie die Mitglieder des Stadtrates in den einzelnen Bezirken beteiligten, durch die mit aller Schärfe getroffenen Verfügungen gegen jene gewissenlosen Elemente, die da glaubten, in dieser schweren Zeit das Volk ausbeuten zu können, ist es gelungen, der Wiener Bevölkerung Lebensmittel in ausreichenden Mengen und zu Preisansätzen zur Verfügung zu stellen, daß von einer Teuerung mit Fug und Recht wohl nicht gesprochen werden kann. Unter den vielen Vorschlägen, die allenthalben auftauchten, nahm jener betreffend die Festsetzung eines Maximaltarifes für Lebensmittel im Kleinhandel einen hervorragenden Platz ein. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich mit aller Entschiedenheit

gegen den Maximaltarif

ausgesprochen und heute zeigte es sich mit aller Deutlichkeit, von welchen segensreichen Folgen diese Haltung des Bürgermeisters begleitet war. Durch die Einführung eines Maximaltarifes wäre gerade eine Steigerung der Lebensmittelpreise bis zum Maximum provoziert worden und sehr zutreffend betonte der Bürgermeister in seinem Berichte an den Gemeinderat: „Wie soll ich den Kleinhändler zum Maximaltarife verpflichten, wenn nicht auch für den Großhändler Maximaltarife bestehen? Es wäre eingetreten, was man unter allen Umständen vermeiden muß, daß nämlich viele Detailhändler ihre Geschäfte hätten sperren müssen, weil sie nicht in der Lage gewesen wären, zu den Preisen, welche die Behörden vorgeschrieben hätten, zu verkaufen.“

Der Bürgermeister hat auch vom Marktamt eine Tabelle anfertigen lassen, welche einen Vergleich zwischen den Preisen der notwendigen Lebensmittel am 20. September 1913 und am 20. September 1914 enthält. Diese Tabelle zeigt, daß es in Wien dank des volksfreundlichen Wirkens unserer Gemeindeverwaltung

eine bedrohliche Teuerung nicht gibt.

Wenn auch ohne weiteres zugegeben werden muß, daß die Preise gewisser Artikel, insbesondere von Zucker und Mehl, angezogen haben, so muß

dem gegenübergestellt werden, daß viele andere Artikel billiger sind als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Während am 20. September 1913 auf den Märkten der Preis von Kartoffeln per Kilo zwischen 16 und 24 Heller variierte, haben sie heuer 8 bis 16 Heller gekostet. Fisolen, Paradeiser und anderes Gemüse standen in reichlichen Mengen und zu ganz entsprechenden Preisen zur Verfügung. Obst, insbesondere Zwetschen sind zu Preisen, wie sie noch selten früher verkauft wurden, auf den Märkten erhältlich.

Dabei muß insbesondere darauf hingewiesen werden, daß es der Gemeindeverwaltung schon als großes Verdienst anzurechnen ist, wenn es durch sein energisches Eintreten zugunsten der Konsumenten und die auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Lebensmitteln getroffenen Maßnahmen verhindert hat, daß die Einzelverkaufspreise der wichtigsten Nahrungsmittel nicht gestiegen sind. Die nachstehende, vom Marktamte der Stadt Wien veröffentlichte Tabelle zeigt uns, wie sehr es gelungen ist, eine solche Steigerung hintanzuhalten.

Kleinhandelspreise

wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Preise in Hellern		
			am 20. September 1913	am 20. September 1914	
Rindfleisch . . .	vorderes	1 kg	160—220	160—220	daher keine Steigerung
Rindfleisch . . .	hinteres	1 kg	180—260	180—260	daher keine Steigerung
Kartoffel . . .	runde	1 kg	16—24	8—18	daher eine Verbilligung
Schweineschmalz		1 kg	184—220	196—200	daher eine Verbilligung
Speck, geräuchert	ohne Paprika	1 kg	176—208	160—200	daher eine Verbilligung
Eier	frische	1 Stück	8—10	7—10	daher keine Steigerung
Milch im Ausschank	voll	1 Liter	26—32	26—32	daher keine Steigerung
Milch im Ausschank	Mager	1 Liter	20—26	20—24	daher keine Steigerung
Grüne Bohnen .		1 kg	20—36	20—22	daher keine Steigerung
Paradeiser . . .		1 kg	24—26	18—24	daher eine Verbilligung
Zwetschen . . .		1 kg	24—56	20—24	daher eine Verbilligung

Nachdem, wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich ist, eine ungebührliche Steigerung der Detailpreise nicht eingetreten ist, hat Dr. Weiskirchner bisher von seinem Rechte auf Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten keinen Gebrauch gemacht. Mit aller Entschiedenheit hat er aber im Gemeinderate verkündet:

„Ich behalte mir für die Zukunft vor, wenn von irgend einer Seite Preistreibereien verursacht werden, rücksichtslos vorzugehen und die Interessen der städtischen Bevölkerung mit aller Entschiedenheit zu wahren.“

Gegen die Hartgeldnot.

Bemerkenswert ist die Entschiedenheit, mit welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner aufgetreten ist, als, hervorgerufen durch die unbegründete Angst eines Teiles der Bevölkerung, ein empfindlicher Mangel an Kleingeld sich fühlbar machte.

Der Bürgermeister hat damals sofort angeordnet, daß die bei den Straßenbahnen eingehenden kleinen Münzen allsogleich wieder dem Verkehre zugeführt wurden. Den auf den verschiedenen Märkten Wiens amtierenden Organen wurde eine große Menge Kleingeld zur Verfügung gestellt und außerdem hat sich der Bürgermeister in einem Aufruf an die Bevölkerung gewendet, das Hartgeld nicht unvernünftiger Weise zurückzubehalten, sondern dem öffentlichen Verkehre zu übergeben.

Der unausgesetzten Tätigkeit des Bürgermeisters gelang es auch, dem Hartgeldrummel nach kurzer Zeit abzuhelpfen.

Noch in der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates hat Dr. Weiskirchner der Gesamtbevölkerung zugerufen:

„Es ist ungemein töricht, wenn ein Teil des Publikums sich einbildet, daß er mit der Anhäufung von Kronen und Nickelmünzen einen besonderen Schatz in seinen Strümpfen birgt. Die Strumpfgeldtheorie ist töricht und auch nicht im Werte der Metallmünzen begründet.“

Es wäre zu wünschen, daß die Bevölkerung diese ernste Mahnung ihres Bürgermeisters wohl beherzigt.

Für die Reservistenfamilien.

Als ihre vornehmste Pflicht hat es die Gemeindeverwaltung erachtet, dafür zu sorgen, daß den Familien der zur Kriegsdienstleistung einberufenen Reservisten die staatlichen Unterhaltsbeiträge, die denselben nach dem Gesetze vom Jahre 1912 zugesichert worden sind, so rasch als möglich angewiesen wurden. Städtische Beamte haben sofort die notwendigen Erhebungen gepflogen und der Bürgermeister war bemüht, die einlangenden Gesuche im Schoße des Magistrates zur raschesten Erledigung zu bringen. Wiederholt hat Dr. Weiskirchner auch bei Seiner Exzellenz dem Herrn Statthalter interveniert, damit auch bei der Landesstelle mit aller Beschleunigung gearbeitet werde. Die Ziffern, die der Bürgermeister dem Wiener Gemeinderate in dieser Angelegenheit zur Kenntnis brachte, werden sicherlich allgemeine Befriedigung erwecken. In Wien werden gegenwärtig 82.063 Personen staatlich unterstützt. Wenn man berücksichtigt, daß der staatliche Unterhaltsbeitrag 3 bis 4 Kronen beträgt, so kann man berechnen, daß täglich eine Summe von nahezu 300.000 Kronen den Familien der einberufenen Reservisten zufließt, das sind im Monate 9.000.000 Kronen. Da das Geld naturgemäß nicht in den Händen der damit Beteiligten bleibt, sondern zu allen Geschäftsleuten fließt, kann man den Segen dieses Gesetzes in seinem vollen Umfange würdigen. Manche Arbeiterfrau hat, solange der Mann in Arbeit stand, nicht so viel Geld pro Tag für die Versorgung ihres Haushaltes bekommen und es ist für die allgemeine wirtschaftliche Lage der Bevölkerung Wiens bezeichnend, daß in den jetzigen schweren Kriegszeiten im kaiserlichen Versahamt über 1 Million Pfänder ausgelöst worden sind. Der Bürgermeister hat es auch nicht unterlassen, dem österreichischen Reichsrate — dem man ja sonst wirklich nicht allzuviel Gutes nachsagen kann — für die Schaffung dieses Gesetzes öffentlich zu danken.

Aber nicht nur für die Reservistenfamilien der diesseitigen Reichshälfte hat sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner eingesetzt, sondern er hat mit allem Nachdrucke darauf hingearbeitet, daß auch die Angehörigen der ungarischen Reservisten eine Unterstützung bekommen. Auch für die Familien der eingerückten reichsdeutschen Reservisten hat sich der Bürgermeister eifrig bemüht und dank seiner Tätigkeit konnte er dem Wiener Gemeinderate die gewiß erfreuliche Mitteilung machen, daß allen Familien, deren Erhalter im Felde stehen, ein staatlicher Unterhaltsbeitrag gesichert ist

Die Fürsorge für die städtischen Angestellten.

Mit berechtigtem Stolge durfte Bürgermeister Dr. Weiskirchner darauf hinweisen, daß die Gemeindeverwaltung für ihre eigenen Angestellten, die in den Krieg ziehen mußten, in weitestgehender Weise gesorgt hat. In einer Reihe von Verfügungen hat der Wiener Gemeinderat den Familien aller jener städtischen Beamten, Kanzlisten, Diurnisten, Kanzleigehilfen, Unterbeamten und Dienern des Wiener Magistrates und den Familien sämtlicher Bediensteten und Arbeitern aller städtischen Unternehmungen, welche zur Kriegsdienstleistung einberufen wurden, Bezüge zugesichert, die sie aller Sorge der jetzigen schweren Zeit erheben. Der Kostenaufwand, welcher aus diesem Titel für die Gemeinde resultiert, erreicht monatlich die Höhe von 123.183 Kronen. Auf dem Gebiete der Fürsorge für ihre Beamten und Angestellten ist die Gemeinde Wien auch in der jetzigen Kriegszeit mustergültig vorangegangen und hat sich damit nicht nur den Dank der Angestellten selbst, sondern sicherlich auch die Anerkennung der Gesamtbevölkerung im reichsten Maße verdient.

Fürsorge für die stellenlos gewordenen Handelsangestellten.

Anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung hat der Bürgermeister auch angeregt, für die stellenlos gewordenen Handelsangestellten eine Aktion einzuleiten. In Verfolgung dieser Zusage hat nun im Rathause eine Enquete stattgefunden, in welcher der Bürgermeister vor allen dazu eingeladenen beteiligten Körperschaften jene Grundsätze auseinandersetzte, an denen festzuhalten wäre, um jene Mittel und Wege zu finden, welche geeignet sind, auf dem Gebiete für Handelsangestellte Ordnung zu machen und jede Zersplitterung aller auf Hilfe abzielenden Bestrebungen hintanzuhalten. In der sich an das Referat des Bürgermeisters anschließenden Debatte wurde von den Vertretern aller Interessentengruppen den Grundzügen des Bürgermeisters zugestimmt und allgemein die Notwendigkeit betont, die Fürsorgetätigkeit zusammenzufassen und zu zentralisieren. Als Zentralstelle wurde das im n. ö. Gewerbevereine gebildete Fürsorgekomitee eingesetzt, welches im Vereine mit der Pensionsanstalt, dem Gremium der Kaufmannschaft und den Krankenkassen die Fürsorgetätigkeit ausgenommen hat. An die Spitze dieses Komitees

wurden als Präsidenten Exzellenz Dr. Klein und Bürgermeister Exzellenz Dr. Weiskirchner berufen.

Um den zu Beginn des Krieges vielfach aufgetauchten charitativen Bestrebungen wenigstens einigermaßen ein Ziel und eine Zusammenfassung zu bieten, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Einvernehmen mit Seiner Exzellenz dem Herrn Statthalter Baron Bienert und mit Seiner Durchlaucht dem Herrn Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein eine

Zentralstelle der Fürsorge für Soldaten und deren Familienangehörigen

geschaffen. Wie wir schon bei der Besprechung über die staatlichen Unterstützungsbeiträge gesehen haben, hat es sich aber auch hier bald gezeigt, daß es den Familien der Einberufenen viel besser geht, als denen jener nicht einberufenen Männer, die infolge der Kriegslage arbeitslos geworden sind. Nachdem auch das Kriegsministerium eine eigene Stelle der Kriegsfürsorge gebildet hat mit der Aufgabe, für die Soldaten und für die Witwen und Waisen der gefallenen Krieger zu sorgen, hat der Bürgermeister eine Umgestaltung seiner Gründung vorgenommen und eine Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Gerathenen in Wien und Niederösterreich errichtet. Diese Bezeichnung sicherte der Zentralstelle den weitesten Wirkungskreis und setzte dieselbe in die Lage, sich auch der armen Flüchtlinge Galiziens anzunehmen.

Dieser Zentralstelle gliederte der Bürgermeister in allen Gemeindebezirken Bezirkshilfskomitees an, welche in ungemein dankenswerter Weise vor allem die Sammlungen für die Zentralstelle durchführen. Diesen Bezirkshilfskomitees obliegt ferner die Entgegennahme von Unterstützungsansuchen, Durchführung der Erhebungen, bei Geldunterstützungen die Antragstellung an den Ausschuß der Zentrale, die Verteilung der in den Bezirken einlangenden Naturalien die dem Verderben unterliegen, ferner die Zuweisung von Kindern an Vereine oder Familien, die sich zur unentgeltlichen Ausspeisung oder zum Unterhalte derselben bereit erklärt haben. In letzteren Fällen soll darauf Bedacht genommen werden, daß in erster Linie jene Kinder dieser Wohlthat teil-

haftig werden, für welche kein Unterhaltsbeitrag oder doch nur eine das Ausmaß desselben nicht erreichende Unterstützung angewiesen ist. An die Seite dieser Bezirkskomitees stellte Dr. Weiskirchner die Frauenarbeitskomitees, welche insbesondere in der Fürsorge für erwerbslose Frauen und Mädchen ein reiches Betätigungsfeld finden. So obliegen diesen Frauenarbeitskomitees alle Erhebungen über jene Unterstützungsfälle, deren Entscheidung der Zentrale zusteht, die Erhebungen auf dem Gebiete der Kinderfürsorge (Freitischanmeldungen und Freitischzuweisungen, Kinderbeaufsichtigung), die Erhebungen im Dienste der Wiener Armenpflege als Ersatz für einberufene Armenräte, die Hilfstätigkeit in Beziehung auf die Frauen der Einberufenen durch Beistand mit Rat und Tat und die Mitwirkung bei der Arbeitsvermittlung und bei der Arbeitsbeschaffung. Anschließend an die Zentralstelle hat Dr. Weiskirchner eine Kommission für soziale Fürsorge geschaffen, an deren Spitze Oberkurator Leopold Steiner in äußerst verdienstvoller Weise wirkt. Dieser Kommission fällt die Aufgabe zu, den Ausgleich zwischen überschüssigen freien Stellen und Arbeitslosen unter den einzelnen Vermittlungsstellen in Wien und Niederösterreich, dann aber auch unter den Landesarbeitsnachweisstellen in den Königreichen und Ländern zu bewerkstelligen. Die Kommission ist auch mit der Vorsorge für den Ersatz der Spitalbetten beschäftigt, welche der Zivilbevölkerung dadurch verloren gehen, daß die k. k. Krankenanstalten mit verwundeten und kranken Soldaten belegt werden, sie führt ferner einen Kataster über die bei ihr unmittelbar oder von anderen Stellen als überzählig freiwillig angemeldeten freiwilligen Hilfskräfte und vermittelt solche an Vereine, Korporationen oder Komitees, welche die Mittel nicht aufbringen können, Arbeitslose als bezahlte Hilfskräfte anzustellen.

Aus einer Sektion der Zentralstelle wurde das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien gebildet, an dessen Spitze Wiens Ehrenbürger Exzellenz Dr. Ritter von Wittel seines Amtes waltet. Dieses Bureau, dem bestimmungsgemäß auch die Gewährung unentgeltlicher Rechtshilfe für die infolge des Krieges Hilfsbedürftigen Wiens obliegt, hat seit seiner Konstituierung bereits eine ausgebreitete Tätigkeit entwickelt. Sie umfaßte die Vorsorge für die Ordnung der von den Einberufenen unerledigt zurückgelassenen geschäftlichen Angelegenheiten und die rechtsfreundliche Vertretung der Interessen ihrer Familienangehörigen wie auch die gleichartige Fürsorge bezüglich der vorerwähnten

sonstigen Hilfsbedürftigen. Zur Behandlung der vielfach an das Bureau herantretenden Wohnungsfragen wurde ein eigener Unterausschuß für Wohnungsfürsorge eingesetzt, in dem auch der Zentralverband der Wiener Hausbesitzervereine durch Delegierte vertreten ist. Die Hilfeleistung des Bureaus wurde vom Anbeginn stark in Anspruch genommen. Die Zahl der hilfesuchenden Parteien stieg an manchen Tagen auf 200 bis 250. Die Betätigung des Bureaus betraf hierbei unter anderem die Finalisierung oder Stornierung eingeleiteter Privatgeschäfte von Eingekerkerten, Erhebungen über deren Aufenthalt, Einbringung ihrer Forderungen, Stundung ihrer Schulden, Verfassung und Einwendungen gegen ungerechte Kündigung von Wohnparteien und Vorsorge für deren gerichtliche Vertretung, vermittelnde Einwirkung auf Hauseigentümer wegen Nachsicht oder Stundung des Mietzinses, Belehrung der Hauseigentümer über die hierbei in Betracht kommenden Steuerfragen. Hierzu kamen Anträge auf Reassumierung von Fehlentscheidungen der Unterhaltskommissionen, Gesuche um Unterhaltsbeiträge, Betreibungen einschlägiger Entscheidungen, Vorsorge behufs Ermöglichung von Eheschließungen im Felde stehender Militärpersonen, Geltendmachung von Alimentationsansprüchen geschiedener Frauen, Beschaffung nötiger Urkunden für Einkerkernde und deren Angehörige, Einschreiten in Fällen streitiger Gehalts- und Wohnansprüche von Arbeitnehmern (Reisende, Handlungsgehilfen), Rechtsbelehrungen über die Wirkungen des Moratoriums bei Kleingewerbetreibenden, Verhütung von Zwangsvollstreckungen. Neben der regen Inanspruchnahme des Hilfsbureaus durch Einzelfälle, die das Bedürfnis nach einer derartigen Fürsorgestelle dartun, war das Bureau auch in der Richtung tätig, im Bereiche seiner Aktionsphäre allgemeinen Grundsätzen Geltung zu verschaffen, die zur Förderung der ihm obliegenden Aufgabe geeignet sind. Zu diesem Zwecke wurde eine Reihe von Anträgen bei den bereits zuständigen Instanzen erstattet, um auf ihre zum Teil bereits erfolgte Annahme durch persönliche Intervention von Mitgliedern des Bureaus hinzuwirken. Auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge wurden Schritte eingeleitet, um die rechtzeitige Verständigung des Hilfsbureaus als Einigungsstelle zur Verhütung drohender Delogierungen zu sichern, in welcher Hinsicht auch der Hausbesitzerverband seine werktätige Mithilfe geleistet hat. Bei den Finanzbehörden wurden wertvolle Erleichterungen in Bezug auf die zur Abschreibung der Hauszinssteuer bei gänzlichem oder teilweisem Mietzinsverzicht erforderlichen Nachweise erwirkt. Das Hilfsbureau hält sich demnach bei seiner Aktion stets die allgemeinen

Gesichtspunkte seiner Aufgabe gegenwärtig. Den hilfsbedürftigen Parteien kann aber nicht warm genug empfohlen werden, sich sowohl in Wohnungs- als in sonstigen Rechtsangelegenheiten möglichst früh an das Hilfsbureau zu wenden, um diesem ein rechtzeitiges Einschreiten zu ermöglichen.

Der Zentralstelle im Rathause sind bis heute durch Sammlungen an die 3 Millionen Kronen zugeflossen. Es wäre zu wünschen, daß die Bevölkerung Wiens in heller Anerkennung der emsigen und ersprießlichen Tätigkeit ihres Bürgermeisters auf charitativem Gebiete jene Mittel ausbringe, die die Zentralstelle auch für die Zukunft in den Stand setzen würde, in großzügiger Weise das gesteckte Ziel, Not und Elend zu lindern, zu erreichen.

In seiner Antrittsrede hat Dr. Weiskirchner es als eine seiner Hauptaufgaben bezeichnet,

Arbeit und Verdienst

zu schaffen. Dieser Aufgabe ist insbesondere in den jetzigen Zeitläufen der Bürgermeister in einer Weise gerecht geworden, die ihm die Anerkennung und den Dank der Gesamtbevölkerung für alle Zeiten sichert. Über seinen Antrag hat der Wiener Stadtrat beschlossen, alle Arbeiten der Gemeinde, soweit überhaupt hiefür Unternehmer vorhanden sind, fortzusetzen.

Die städtischen Ämter haben eine ungemein reichhaltige Liste von Notstandsarbeiten zusammengestellt, welche sukzessive durchzuführen, der Wiener Stadtrat beschlossen hat. Eine Reihe solcher städtischen Notstandsarbeiten, zum Beispiel Abgrabungen, Pflasterungen, Straßenherstellungen u. s. w. ist bereits im Gange und sind bei denselben bis jetzt 3227 Arbeiter beschäftigt. Außerdem hat der Wiener Stadtrat eine große Anzahl städtischer Lieferungen vergeben, als deren größte jene an die Siemens-Schuckert-Werke im Betrage von eineinhalb Millionen Kronen zu erwähnen ist, eine Lieferung, die den Betrieb dieser großen Firma, welche mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, auch während der Kriegsdauer aufrecht hält.

Für den Gewerbestand.

Der kleinen Gewerbetreibenden hat die Wiener Gemeindeverwaltung in hervorragender Weise gedacht. Der Stadtrat beschloß, die für das

Jahr 1915 erforderlichen Bürstenbinderarbeiten, Galanterie-
spenglerarbeiten, Wagnerarbeiten und Siebmacher-
arbeiten angesichts der schweren Lage, unter der die Gewerbetreibenden
besonders leiden, sofort zu vergeben. Damit eine möglichst große Anzahl
von Gewerbetreibenden Beschäftigung finde, wurden diese Arbeiten in
kleinen Losen im Kostenbetrage von 500 bis 600 Kronen Kleingewerbe-
treibenden zur Ausführung übertragen.

Der Genossenschaft der Tapezierer wurden Instandsetzungs-
arbeiten im Festsaale des neuen Rathauses mit einem Kostenbetrage von
55.000 Kronen zugewiesen.

Für das Tischlergewerbe wurden die Bautischlerarbeiten
anlässlich des Rathausbaues in der Felderstraße zur sofortigen Durch-
führung ausgeschrieben. Durch Vermittlung des Bürgermeisters hat
das Kriegsministerium der Tischlergenossenschaft Arbeiten im Betrage
von 400.000 Kronen zugewendet.

Welchen Anklang diese Tat des Bürgermeisters in den Kreisen
der Gewerbetreibenden gefunden hat, bezeugt eine Kundgebung der
Tischlergenossenschaft, in welcher unter anderem gesagt wird: „Bürger-
meister Dr. Weiskirchner arbeitet rastlos in dieser schweren Zeit
für alle Stände, um die Not zu lindern. Durch seine Intervention für
uns Tischler wurde hunderten kleinen Meistern und Gehilfen für einige
Wochen Arbeit und Verdienst geschaffen. Die Genossenschaft der
Tischler in Wien erblickt in dem Bürgermeister einen wahren Freund
und Förderer, einen Wohltäter der Interessen der Kleingewerbe-
treibenden und er kann versichert sein, daß ihm stets hunderte dankbarer
Herzen entgegen schlagen.“

Um den Kleidermachern Arbeit zu geben, wurde das erst im
Jahre 1915 fällige Erfordernis an Monturen für städtische Angestellte
schon jetzt in Bestellung gegeben.

Den Schuhmachern wurde dadurch sofortige Arbeit zugewiesen,
daß die alljährlich zu Weihnachten den armen Schulkindern durch die
Gemeinde angekauften Schuhe schon jetzt zur Lieferung vergeben wurden.
Die Summe dieser Bestellung macht einen Betrag von 99.200 Kronen aus.

Um den durch die Kriegslage überaus hart getroffenen Juwelieren,
Gold- und Silberschmieden Arbeit zu sichern, hat der Bürger-
meister im Einvernehmen mit den Genossenschaftsvorstehern Ludwig
Blach und Hermann Randal eine eigene Aktion eingeleitet. Diese besteht

in der Herstellung von Glücksringen aus eisernen Hufnägeln, welche die Aufschrift „Kriegsglück 1914“ tragen und sowohl von den Soldaten als auch deren Angehörigen als Talisman getragen werden sollen. Die Hauptaufgabe war nun, für diese Kriegsglücksringe eine offizielle Wohlfahrtskörperschaft zu gewinnen, um den Vertrieb in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu sichern. Dieser Sache nahm sich der Bürgermeister mit allem Eifer an. Die Fachzeitung der Juweliere, Gold- und Silberschmiede schreibt über diese Tätigkeit Dr. Weiskirchner's: „Es ist eine Freude gewesen, die Hilfsbereitschaft und rasche Arbeit unseres Stadtoberhauptes und dessen Stellvertretern in unserer Angelegenheit zu sehen. Nachdem mittags die Herren Vizebürgermeister Hierhammer und Rain es übernommen hatten, die Angelegenheit Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister befürwortend vorzutragen, wurde unser Vorsteherstellvertreter noch am selben Abend vom Herrn Bürgermeister und seinen drei Herren Stellvertretern gemeinsam empfangen und die Idee durchbesprochen. Nächsten Tages intervenierte Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister persönlich bei dem Vorstande des Kriegshilfsbureaus, Seiner Durchlaucht dem Prinzen Dr. Eduard Liechtenstein. Noch am selben Tage verständigte der Herr Bürgermeister mit Expreßbrief Herrn Rendl von dem Resultate der Unterredung. Tags darauf empfing Seine Durchlaucht unseren Vorsteherstellvertreter und die Angelegenheit wurde zum Abschlusse gebracht.“ In den weiteren Ausführungen dieses Artikels wird dem Bürgermeister und seinen Stellvertretern der wärmste Dank für die opferwillige Hilfsbereitschaft ausgesprochen.

Der Bürgermeister hat ferner angeordnet, daß bei der Abfassung von Arbeits- und Lieferungsbedingungen auf die Dauer der Kriegszeit den Differenzen der Erlag einer Kautio n nicht vorgeschrieben wird.

Der Stadtrat hat auch nach einem Berichte des Bürgermeisters beschlossen, den Erstehern städtischer Arbeiten in Berücksichtigung der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Geld- und Kreditverhältnisse die bei der städtischen Hauptkassa erliegenden Kautio nen zurückzustellen.

Durch die Durchführung dieser Beschlüsse wurden über vierzehn Millionen Kronen den städtischen Kontrahenten erspart, beziehungsweise dem Verkehre zugeführt.

Als in der Öffentlichkeit unter anderem auch der gewiß gut gemeinte Vorschlag auftauchte, in diesem Jahre zu Allerheiligen den

üblichen Gräberschmuck zu unterlassen und die hiefür entfallenden Beträge dem „Roten Kreuz“ zu widmen, hat der Bürgermeister sich an die Bevölkerung mit dem Ersuchen gewendet, auf eine solche Anregung nicht einzugehen, weil dadurch den ohnehin schwer bedrängten Gewerben der Naturblumenbinder, Kunstblumenerzeuger und Gärtner ein unermesslicher Schaden zugefügt und vielen tausenden von Arbeitskräften, insbesondere erwerbslosen Frauen und Mädchen eine Verdienstmöglichkeit entzogen würde.

An Arbeiten für die Straßenbahn wurden der Industrie Lieferungen im Gesamtbetrage von 1,235.539 Kronen zugewiesen.

Der Bürgermeister hat ferner angeordnet, daß die Lieferungen für die Armenlotterie schon jetzt hinausgegeben werden, daß solche Lieferungen eventuell auch auf Vorrat zu bestellen sind, um gerade dem kleinen Kunstgewerbe, welches am schwersten getroffen ist, Arbeit und Verdienst zu sichern.

Bei der Donauregulierungs-Kommission hat es der Bürgermeister mit Unterstützung der autonomen Vertreter der Gemeinde Wien und des Landes Niederösterreich durchgesetzt, daß ein Kredit von 3 Millionen Kronen für eine Notstandsarbeit bewilligt wurde, welche in der Herstellung des alten Niveaus am linken Donauufer besteht.

Ferner hat Dr. Weiskirchner sowohl beim Arbeitsminister als auch beim Minister des Innern interveniert, damit die Lieferungsabchregulierung sofort als Notstandsbau in Angriff genommen werde.

Bei den städtischen Straßenbahnen, wo mehr als die Hälfte des Personales zur Kriegsdienstleistung einberufen wurde, haben 2000 Männer Arbeit und Verdienst gefunden.

Durch das städtische Arbeits- und Dienstvermittlungsammt wurden in der Zeit vom 1. August bis 21. September 40.220 Personen Arbeitsplätze angewiesen.

Gebührenerleichterung für die Theater.

Nach einem Berichte des Bürgermeisters hat der Stadtrat auch beschlossen, den Wiener Theatern bis zur Beendigung der Kriegszeit die Entrichtung der Gebühren für die Beistellung der Feuerwache und

für den Inspektionsdienst der Stadtbauamtsbeamten zu erlassen. Dieser Beschluß bedeutet für die Theater eine wesentliche Erleichterung und ist für die Gemeinde mit einem Einnahmenverluste von 132.000 Kronen verbunden. Dr. Weiskirchner war aber der Ansicht, daß man den Theaterdirektionen diese Erleichterung gewähren müsse, da durch die Eröffnung der Vorstellungen der Arbeitslosigkeit von Hunderten von kleinen Angestellten vorgebeugt wird.

Lehrlingsfürsorge.

Infolge der allgemeinen Mobilisierung sind viele gewerbliche Betriebe eingestellt und es ist daher eine große Anzahl von Lehrlingen ohne Lehrstelle, beziehungsweise ohne Unterkunft, Verköstigung und Aufsicht. Für diese Lehrlinge wurde insoferne gesorgt, als über Anregung des Bürgermeisters die Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates sich ihrer in der anerkanntesten Weise annimmt. Wer immer einmal Gelegenheit hatte, mitanzusehen, wie dankbar diese armen, hier meist fremden Geschöpfe, jenen sind, die ihnen in dieser vielleicht unglücklichsten Zeit ihres Lebens hilfreich die Hände reichen, der wird ermessen können, welche segensreiche Tätigkeit hier der Bürgermeister entfaltet.

Diese gedrängte Zusammenstellung, die keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und schon jetzt, da diese Zeilen in Druck gehen, eine wesentliche Bereicherung erfahren hat, zeigt uns wohl zur Evidenz die grandiose Fürsorge des Bürgermeisters und der Wiener Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiete. Auf die Erfolge in diesem Belangen kann mit berechtigtem Stolz und wahrer Genugtuung hingewiesen werden.

Die Nähstubenaktion.

Um einerseits den erwerbslos gewordenen Näherinnen, Stickerinnen und Strickerinnen sowie den in Not geratenen Frauen von postenlos gewordenen Männern der Intelligenzberufe einen Tageslohn zu sichern, wurden über Antrag der Gemahlin des Bürgermeisters Exzellenz Frau Berta Weiskirchner durch die Frauenhilfskomitees in allen Bezirken Nähstuben errichtet. In diesen Nähstuben wird Wäsche für die Ver-

wundetenspitäler und für die Soldaten im Felde von bezahlten Näherinnen hergestellt. Ferner werden in diesen Nähstuben Winterkleider für arme Schulkinder verfertigt und gespendete Kleider gereinigt und ausgebessert. Durch diese Aktion wird hunderten von Näherinnen ein Tagesverdienst von 1 Krone 50 Heller gesichert. Die Gemeinde Wien läßt durch diese Nähstuben große Vorräte an Wäsche für ihre Humanitätsanstalten herstellen. Die Zentrale der Frauenarbeitskomitees im Rathause ist zu Gunsten dieser Näherinnen auch energisch gegen jede andere Aktion aufgetreten, die dahin abzielte, Frauen und Mädchen der gesicherten Stände zur unentgeltlichen Besorgung von Näharbeiten heranzuziehen. Es soll eben durch die Nähstuben den arbeitslos gewordenen Frauen und Mädchen Verdienst geschaffen werden.

Öffentliche Auspeisungen.

Trotz aller dieser Verfügungen war Bürgermeister Dr. Weiskirchner genötigt, den versammelten Gemeinderäten die Mitteilung zu machen, daß noch immer mit der Tatsache gerechnet werden muß, daß Tausende in der Zukunft arbeitslos werden. Insbesondere am 1. Oktober verlieren viele Handelsangestellte und Mitglieder der Intelligenzberufe ihre Posten.

Dr. Weiskirchner hat es daher als seine Pflicht erachtet, auch eine öffentliche Auspeisung im großen Stile vorzubereiten und es sind Vorkehrungen getroffen, damit wenigstens der größte Teil jener, an die gedacht werden kann, durch öffentliche Auspeisung befriedigt werde. Für diese öffentliche Auspeisung sowie für andere Approvisionierungszwecke hat die Gemeinde Wien einen Betrag von 5 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Die öffentliche Auspeisung hat auch bereits in einzelnen Bezirken begonnen. So werden zum Beispiele im 18. Bezirke die deutschen und im 2. Bezirke die polnischen Flüchtlinge Galiziens täglich öffentlich ausgespeist. Mit dem österreichischen Bühnenverein und dem Reichsverbande der Musiker wurde ein Übereinkommen getroffen, demzufolge dem beschäftigungslosen Bühnenpersonale sowie den Musikern täglich 325 Speisemarken unentgeltlich überlassen werden. Welchen Umfang die öffentliche Auspeisung annehmen wird, kann man schon daraus ersehen, daß schon jetzt, also erst am Beginne der Auspeisaktion, täglich für 12.700 Personen zu sorgen ist. Mögen diese

wenigen Zeilen dazu beitragen, daß die Aktion des schwarz-gelben Kreuzes, welche ja das Ziel verfolgt, die Ausspeisung auf alle Bedürftigen auszudehnen, die weiteste Unterstützung finden.

An dieser Stelle sei auch der Gemahlin des Statthalters Frau Baronin Anka Bienertl sowie der Gattin des Bürgermeisters Frau Berta Weiskirchner, welche in aufopferungsvollster Weise durch die Aktion des schwarzgelben Kreuzes die Sammlungen für die öffentlichen Auspeisungen besorgen und dem Bürgermeister bisher einen Betrag von 200.000 Kronen als einmalige Gabe und 80.000 Kronen als monatlich wiederkehrende Gabe auf die Dauer des Kriegeszustandes gebracht haben, aufrichtig gedankt.

Um der Auspeiseaktion neue Mittel zur Verfügung zu stellen, hat der Stadtrat auch beschlossen, im heurigen Jahre von der Zuerkennung von Preisen für die Ausschmückung der Fenster und Balkone mit Blumen abzusehen. Es werden an Stelle der Preise Anerkennungsdiplome zur Verteilung kommen und der für die Preise ansonsten aufgewendete Betrag von 12000 Kronen fließt dem Auspeisefonds zu. Dieser Beschluß wird sicherlich in den Kreisen der Preisbewerber mit Genugtuung begrüßt werden, da er ja hunderten von Bedürftigen Speise sichert.

Gegen die Kreditnot.

In Verfolgung der wirtschaftlichen Erscheinungen, die im Gefolge des Krieges austreten, ist insbesondere eine zu beklagen: die Kreditnot der Industriellen, der mittleren und kleinen Gewerbetreibenden. Doktor Weiskirchner hat hier in zweifacher Richtung helfend eingegriffen. Über Antrag des Bürgermeisters hat der Stadtrat beschlossen, an der von der Handels- und Gewerbekammer initiierten Kriegskreditbank teilzunehmen und hat den Betrag von zwei Millionen Kronen als Garantie übernommen, damit diese Bank ins Leben gerufen werden kann.

Der Bürgermeister hat in den Verwaltungsrat dieser Bank die Herren Vizebürgermeister Franz Hof, Gemeinderat Sektionschef Eglauer und Obermagistratsrat Dr. August Mayer als Mitglieder entsendet, Männer, welche gewiß die Interessen der Gewerbetreibenden und überhaupt auch der anderen Stände, die sich an die Kriegskreditbank um Hilfe wenden, mit allem Nachdruck vertreten werden.

Die Gemeinde Wien hat ferner den Kreditverein für Gewerbetreibende, der im Anschluß an die Zentralsparkassa besteht und eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet, um eine Million Kronen gestärkt und so wird auch auf diese Weise der Geldnot der Gewerbetreibenden, welche sich insbesondere am 1. November, als dem Zinsquartal fühlbar machen wird, abgeholfen werden.

Ausgestaltung der städtischen Berufsvormundschaft.

Um den Wöchnerinnen bei der Erwirkung des Unterhaltsbeitrages für ihre Kinder behilflich zu sein, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Erweiterung der Tätigkeit der städtischen Berufsvormundschaft während der Kriegszeit angeordnet. Die städtische Berufsvormundschaft schreitet ein:

1. Für neugeborene, eheliche sowie uneheliche Kinder an Stelle der Wöchnerinnen, um diese so rasch als möglich in den Genuß des Unterhaltsbeitrages zu setzen und ihnen dadurch die Stillpflicht zu erleichtern. Zu jenen Müttern, deren neugeborene Kinder also Anspruch auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag haben, weil der eheliche oder uneheliche Kindesvater zur Militärdienstleistung einberufen wurde, begibt sich unverzüglich eine Säuglingspflegerin der Berufsvormundschaft, um die Anmeldung des Anspruches entgegenzunehmen, die Mutter über Ernährung und Pflege des Säuglings zu beraten, sie insbesondere auf die Wichtigkeit des Stillens in Kriegszeiten aufmerksam zu machen und ihr ein von der städtischen Berufsvormundschaft herausgegebenes Merkblatt über Ernährung und Pflege des Säuglings einzuhandigen. Die städtische Berufsvormundschaft entsendet täglich zu demselben Zwecke Pflegerinnen in die Gebärklinik, damit die Mütter gleich nach dem Verlassen der Klinik den Unterhaltsbeitrag für das Kind beziehen können.

2. Dort, wo keine geeignete Person vorhanden ist, welche den Unterhaltsanspruch für die armen Kleinen geltend machen kann, macht die städtische Berufsvormundschaft den Anspruch geltend und sie versorgt auch mit Hilfe des Magistrates für die Säuglinge geeignete Pflegestellen.

Wiens Gesamtbevölkerung wird sicherlich der Gemeindeverwaltung für diese den Armsten der Armen zugewiesene Fürsorge aufrichtigen Dank wissen.

Schaffung einer städtischen Auskunftstei für möblierte Wohnungen und Zimmer.

Die Kriegslage hat auch einen großen Bedarf von möblierten Wohnungen und Zimmern im Gefolge. Um den Unterkunftstheischenden nach Möglichkeit entgegenzukommen, hat die Gemeinde Wien eine Auskunftstei für solche Wohnungen errichtet. Die Auskunftstei steht den Vermietern zur Anzeige möblierter Wohnungen, Zimmer oder Kabinette und den Mietern zur Nachfrage nach solchen Wohnungen alltäglich offen und erfolgt die Vermittlung durch dieses Bureau sowohl für Mieter als auch Vermieter vollständig kostenlos.

Für die Konsumenten.

Um eine reichliche Versorgung der Bevölkerung Wiens mit Wildbret zu ermöglichen, wurde über Anregung des Bürgermeisters beschlossen, an die Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Linienverzehrungssteuer für Wildbret ohne Verzug wenigstens auf die Dauer des Krieges vollständig aufzuheben. Gleichzeitig hat die Gemeinde Wien auf die Gemeindezuschläge zur Verzehrungssteuer für Wild verzichtet.

Der gleiche Vorgang wurde bezüglich der Versorgung Wiens mit Fischen eingehalten.

Ferner wurde über Auftrag Dr. Weiskirchner's von der in einer Magistratskundmachung bereits ausgesprochenen Erhöhung der Marktgebühren für den Viktualienmarkt der Großmarkthalle bis auf weiteres abgesehen.

Der Bürgermeister hat auch verfügt, daß die Preisnotierungen auf den Märkten strikte eingehalten werden müssen.

Für die Aufhebung der Zölle.

Um den bei etwa längerer Kriegsdauer zu erwartenden Approvisionierungsschwierigkeiten zu begegnen, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner bei der hohen k. k. Regierung wegen Aufhebung der Zölle auf die wichtigsten Volksnahrungsmittel für Kriegsdauer interveniert. Für den Fall, als die gänzliche Aufhebung der Zölle nicht zugestanden

werden könnte, verlangte der Bürgermeister wenigstens eine Herabsetzung derselben. Der Bürgermeister hat auch an alle Mitglieder des Städtetages die Einladung ergehen lassen, im selben Sinne bei der k. k. Regierung vorstellig zu werden.

Diese Tätigkeit des Bürgermeisters war vom schönsten Erfolge gekrönt, da es nach vielen Bemühungen endlich doch gelungen ist, bei der Regierung die Aufhebung der Zölle auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Haidekorn, Hirse, Bohnen, Erbsen, Linsen, Mehl und Mahlprodukte durchzusetzen.

Ferner hat der Stadtrat nach einem Referate des Bürgermeisters beschlossen, den Magistrat zu beauftragen, unverzüglich eine Petition an die Regierung zu verfassen, damit diese ein Ausfuhrverbot für Wild und Geflügel erlasse.

An der Spitze einer Deputation, an welcher die Obmänner aller im Gemeinderate vertretenen Parteien teilnahmen, hat der Bürgermeister von der k. k. Regierung auch die Festsetzung von Höchstpreisen für den Großhandel mit Lebensmitteln gefordert.

Der Stadtrat hat, wie schon einmal erwähnt, dem Bürgermeister einen Kredit von 5 Millionen Kronen für Approvisionierungszwecke zur Verfügung gestellt.

Der Wiener Stadtrat hat auch die städtischen Straßenbahnen in den Dienst der konsumierenden städtischen Bevölkerung gestellt. Er hat, um die ununterbrochene Zufuhr von Lebensmitteln zu sichern, angeordnet, daß diese durch die Straßenbahn besorgt wird. Dem Beschauer entrollt sich hier ein ganz eigenartiges Bild. Während Wiens Bevölkerung im tiefen Schlafe ruht, rühren sich draußen in Stammersdorf hunderte fleißige Hände. Milch, Gemüse und Viktualien aller Art werden dort aus den Zügen der Landesbahn in städtische Straßenbahnwaggons verladen und den Wiener Märkten zugeführt. Auch die mit der Nordwestbahn einlangenden Lebensmittel werden auf gleiche Weise den Märkten überstellt. Die Hausfrauen Wiens, sie ahnen es gar nicht, wie groß die Sorge ist, die aufgewendet werden muß, um ihren Ansprüchen in Bezug auf Lebensmittel zu entsprechen. Sie sollten nur einmal hinausziehen, um sich bei den Überladestellen in Stammersdorf und auf dem Nordwestbahnhofe zu überzeugen, wie väterlich Wiens Bürgermeister hier für seine Wiener gesorgt hat.

Ein Wort an die Landwirte.

Dr. Weiskirchner hat es auch nicht unterlassen, an die Landwirte einen Appell zu richten. Er hat ihnen zugerufen: „Sorget jetzt nach der Ernte ehestens für neuen Anbau, damit nicht im nächsten Jahre die Bodenfrüchte fehlen!

Wenn es auch schwer geht, bei dem Mangel an Pferden und Leuten, tut, was Ihr könnt und helfet einander!

Läßt keinen nuzbaren Boden brach liegen, baut aber nur notwendige Nahrungsmittel, hauptsächlich Weizen, Roggen, Kartoffel und Hülsenfrüchte.

Das wird Euch den größten Nutzen bringen.“

Für den rechtzeitigen Schulbeginn.

Ein durchaus erfreuliches Resultat zeitigten jene Bemühungen des Bürgermeisters, welche auf die regelmäßige Wiederaufnahme des Schulunterrichtes abzielten. Dr. Weiskirchner hat an den k. k. Bezirksschulrat Wien das Ersuchen gerichtet, mit aller Beschleunigung ein Programm über die Verteilung der Kinder in die nicht zu militärischen Zwecken benötigten Schulgebäude und über die entsprechende Modifizierung des Schulbetriebes und des Lehrplanes auszuarbeiten, damit die getroffenen Provisorien dem k. k. niederösterreichischen Landes Schulrate zur Genehmigung vorgelegt werden können. Gelegentlich einer Audienz bei Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten hat Dr. Weiskirchner gleichfalls erklärt, daß er unbedingt für den normalen Schulbeginn an den Wiener Volks- und Bürgerschulen eintrete. Außerdem provozierte der Bürgermeister sowohl im Stadtrate als auch in der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz diesbezügliche einstimmige Beschlüsse. So hat der Bürgermeister denn auch für die Wiener Kinder gesorgt, damit sie der Segnungen des Schulunterrichtes auch in der schweren Zeit des Weltkrieges teilhaftig werden.

Für die Verwundeten.

Über Auftrag des Bürgermeisters hat die Direktion der städtischen Straßenbahnen den unentgeltlichen Transport der in Wien ankommenden

verwundeten Krieger übernommen. Eine große Anzahl von Straßenbahnwagen ist zu diesem Zwecke adaptiert und in den Dienst des „Roten Kreuzes“ gestellt worden.

Der Bürgermeister hat auch angeordnet, daß alle in Wien sich aufhaltenden verwundeten Krieger die Straßenbahn unentgeltlich benützen dürfen.

Die Gemeinde Wien hat ferner zahlreiche Schulen für Spitalszwecke zur Verfügung gestellt. Außerdem hat Dr. Weiskirchner angeordnet, daß der Pavillon I des Versorgungsheimes in Lainz zur Aufnahme von Verwundeten geräumt und bereit gestellt wird. Durch diese Anordnung des Bürgermeisters ist für 600 verwundete Soldaten Raum geschaffen worden.

Für die aus diesem Anlasse erforderlichen Instandsetzungsarbeiten und Einrichtungsergänzungen hat der Stadtrat einen Betrag von 144.000 Kronen genehmigt. Natürlich mußte hier wieder für eine anderweitige Unterbringung der Pflinglinge des Versorgungsheimes gesorgt werden. Die hierfür erforderlichen Aufwendungen verursachten einen Kostenaufwand von 200.000 Kronen, welchen Betrag der Stadtrat gleichfalls dem Bürgermeister zur Verfügung stellte. Trotz alledem hat aber Wiens Bürgermeister, dem ja nicht nur die Sorge für die verwundeten Soldaten, die aus dem Kriege heimkehren, obliegt, sondern welcher auch für die kranke Zivilbevölkerung Unterkunft sichern muß, Vorsorge getroffen, daß im Subiläumspital ausreichender Platz für spitalsbedürftige Zivilpersonen vorhanden ist. Zu diesem Behufe hat der Bürgermeister die Vergrößerung des Belegraumes im Subiläumspitale angeordnet, welche auch mit einem Kostenaufwande von 150.000 Kronen bereits durchgeführt wurde.

Um für alle Fälle auch gegen das Auftreten von Seuchen gerüstet zu sein, wurde über Auftrag Dr. Weiskirchners an den Bau von Baracken geschritten. Das Wiener Stadtbauamt hat mit aller Beschleunigung die Projekte ausgearbeitet und der Stadtrat hat für die Herstellung dieser Baracken einen Kredit im Betrage von 1 Million Kronen genehmigt. Nach Fertigstellung dieser Baracken wird neuerlich für 1600 Kranke Raum geschaffen sein.

Ferner hat der Stadtrat dem patriotischen Hilfsvereine vom „Roten Kreuze“ für seine sämtlichen in städtischen Gebäuden untergebrachten Reservespitäler den unentgeltlichen Bezug von Wasser bewilligt und auch die Beleuchtungs- und Beheizungskosten nachgesehen.

Weiters genehmigte der Stadtrat die Verfügung des Bürgermeisters, daß dem Verwundetenhospital Neufeld in Niederösterreich Kohle aus den Zillingdorfer Werken unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde.

Um den in Wien weilenden Truppen, insbesondere aber auch den Verwundeten Gelegenheit zu geben, der Segnungen unserer städtischen Bäder teilhaftig zu werden, hat Dr. Weiskirchner die unentgeltliche Benützung derselben seitens der oben Bezeichneten verfügt.

Subventionen.

Die Gemeinde Wien hat eine Reihe von Subventionen, teils für kriegshumanitäre Zwecke, teils für die Zwecke der Sicherung Wiens durch Landsturmpflichtige Korporationen bewilligt. Es erhielten:

Der patriotische Hilfsverein vom „Roten Kreuze“ den Betrag von 200.000 Kronen,

die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen, in Wien und Niederösterreich vorläufig die Summe von 50.000 Kronen,

der Verein „Hauskrankenpflege“, welcher auch solche Zivilpersonen, die gegenwärtig in den Spitälern keinen Platz finden, in Pflege nimmt und hiedurch eine äußerst ersprießliche Tätigkeit entfaltet, 20.000 Kronen,

die durch den Krieg geschädigten Bewohner Ostpreußens eine Unterstützung von 25.000 Kronen,

der deutsche Hilfsverein in Wien zur Unterstützung von in Not geratenen reichsdeutschen Staatsbürgern 40.000 Kronen,

das Wiener Bürgerschärfchützenkorps 20.000 Kronen,

das Deutschmeisterschützenkorps 20.000 Kronen und

der Militär-Veteranenbund, Wien, 4. Bezirk, 10.000 Kronen.

Der Stadtrat hat auch beschlossen, daß den zur Sicherung der Stadt einberufenen Mitgliedern vom Veteranenkorps nach Maßgabe des vorhandenen Vorrates Straßenbahnermäntel zur Verfügung gestellt werden.

Dem Deutschmeisterschützenkorps wurde überdies das Schulgebäude, 3. Bezirk, Hegergasse 20, als Kaserne eingeräumt.

Die Ehrung der Toten.

Dr. Weiskirchner hat auch pietätvoll für jene gesorgt, die im Kampfe für das Vaterland auf dem Felde des Ruhmes und der Ehre ums Leben gekommen sind. Über seinen Antrag hat der Stadtrat beschlossen, den gefallenen Soldaten eine gemeinsame Ehrenbegräbnisstätte am Zentralfriedhofe einzuräumen. Aber nicht nur die Wiener Helden werden in diesem Ehrengarbe ruhen, nein, alle österreichisch-ungarischen Soldaten, die für die Ehre, das Ansehen und die Machtstellung unseres Reiches ihr Leben opferten, werden dort eine würdige Begräbnisstätte finden. Und neben den österreichisch-ungarischen Soldaten werden auch die tapferen Krieger aus dem Deutschen Reiche zur letzten Ruhe bestattet werden. So wie sie im Leben Schulter an Schulter in treuer Waffenbrüderschaft gekämpft und gestritten haben, so sollen sie draußen in der weiten unübersehbaren Stadt der Toten für immerwährende Zeiten ihre letzte Ruhestätte finden, eine Ruhestätte, über welcher das dankbare deutsche Wien in alter Nibelungentreue den heldenmütigen Kämpfern des größten Krieges der Welt ein unvergängliches Denkmal errichten wird!

